

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Banken verstaatlichen und nationale Finanzwirtschaft einführen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mittels einer Bundesratsinitiative den Antrag auf Vergesellschaftung der Banken in der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 15 des Grundgesetzes zu stellen.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Die derzeitige grundsätzliche Krise des Systems der liberal-kapitalistischen Wirtschaft gefährdet das Allgemeinwohl in erheblichem Umfang. Sparer und Anleger leben in Sorge und bangen um die Früchte ihrer Arbeit. Der hemmungslose Kapitalismus hat zu einer enormen Privatisierung von Gewinnen geführt, während nunmehr die Verluste von der Allgemeinheit getragen werden sollen.

Um diesen Zustand zu beenden, ist eine Vergesellschaftung der Banken erforderlich. Die Finanzwirtschaft muss zukünftig am Wohl des Volkes orientiert sein. Diese inzwischen von zahlreichen Volkswirtschaftlern befürwortete Möglichkeit sieht das Grundgesetz ausdrücklich vor.